

ZANKAPFEL DEUTSCHBÖHMEN

Eine Erinnerung an 1918

Von *Johann Wolfgang Br ü g e l*

Ein Bündel vergilbter Zeitungsausschnitte aus dem Nachlaß eines Freundes eröffnet einen Blick auf einst leidenschaftlich geführte Auseinandersetzungen, die so sehr vom politischen Winde verweht worden sind, daß sie nicht einmal in der Geschichtsschreibung die geringste Spur hinterlassen haben. Es ging um die von den einen energisch verlangte, von den anderen ebenso erbittert bekämpfte Schaffung einer eigenen Provinz Deutschböhmen, und unter denen, die sie, zumindest in der vorgeschlagenen Form im alten Österreich, nicht haben wollten, waren neben tschechischen Verfechtern des böhmischen Staatsrechts auch zahlreiche Deutsche, darunter Angehörige des sogenannten „nationalen Lagers“.

Der deutschnationale Ruf nach der Loslösung von „Prag“ und von „tschechischer Fremdherrschaft“ hatte seinen konkretesten Ausdruck in der Lahmlegung des böhmischen Landtags durch deutsche Obstruktion und in dessen Ersetzung durch eine bürokratische Landesverwaltungskommission 1913 gefunden. Er wurde gegen Kriegsende wieder lauter, nachdem die tschechischen Abgeordneten in der Dreikönigs-Erklärung vom 6. Januar 1918¹ die bisherige Zurückhaltung aufgegeben und sich eindeutig für Selbstbestimmung der Tschechen und Slowaken und staatliche Selbständigkeit ausgesprochen hatten. Die im böhmischen Landtag dank dem Klassenwahlrecht unvertretenen deutschen Sozialdemokraten — zweifellos die zahlenmäßig stärkste deutsche Partei, wie sich dann bei den Gemeindewahlen vom 15. Juni 1919 zeigte — haben sich an der Agitation für die Provinz Deutschböhmen nie beteiligt. Sie hatten schon 1908 sowohl der tschechischen These von der Einheit und Unteilbarkeit Böhmens als auch dem deutschnationalen Verlangen nach einem eigenen Kronland Deutschböhmen eine Absage erteilt: „Für die deutsche Sozialdemokratie gibt es keine Kronländer und kein Staatsrecht“, sondern bloß „das lebendige Recht der beiden Nationen auf Selbstbestimmung“². Das stand im Einklang mit dem Brüner Nationalitätenprogramm der gesamtösterreichischen Sozialdemokratie von 1899, das die Ersetzung der Kronländer durch national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper verlangte³. Entscheidend mag dabei die Erwägung ge-

¹ Wortlaut der Dreikönigstag-Erklärung bei *Strauss*, Emil: Die Entstehung der Tschechoslowakischen Republik. Prag 1935, S. 197—200. — Wegen Zensurschwierigkeiten konnte ein Auszug in der Neuen Freien Presse erst am 29. 1. 1918 veröffentlicht werden.

² *Strauss*, Emil: Von Hainfeld bis zum Weltkrieg. Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Böhmens. Bd. 2 (1889—1914). Prag 1926, Neudruck Glashütten 1970, S. 217.

³ Über das Brüner Programm siehe *Mommsen*, Hans: Die Sozialdemokratie und

wesen sein, daß, selbst wenn es, was ganz unwahrscheinlich war, zu einer Demokratisierung des Wahlrechtes für den Landtag gekommen wäre, in einem reformierten Landtag ein gemeinsamer Block der dann stärksten Parteien, der tschechischen und deutschen Sozialdemokraten, außerhalb des Bereiches der Möglichkeiten lag. Die deutschen Sozialdemokraten haben sich dann für die Aufteilung Böhmens in national einheitliche Kreise⁴ mit demokratisch gewählten Kreisverwaltungen ausgesprochen⁵.

Als Antwort auf die Dreikönigs-Erklärung veröffentlichten die in Deutschböhmen bei den Parlamentswahlen von 1911 gewählten nicht-sozialdemokratischen deutschen Abgeordneten einen Beschluß der „Deutsch-Böhmischen Vereinigung“⁶. Dort wurde gesagt, daß die Tschechen „zweieinhalb Millionen Deutsche in Böhmen unter das Joch eines tschechisch-slowakischen Staates zwingen wollen“. Die Antwort könne nur die Errichtung einer selbständigen Provinz Deutschböhmen „mit allen Eigenschaften, Rechten und Einrichtungen eines Kronlands im Rahmen des Kaisertums Österreich und ohne irgendwelche Abhängigkeit vom tschechischen Teile Böhmens“ sein. Das deutsche Volk werde, wurde hier gesagt, „bis zu seiner endlichen Befreiung aus der Vorherrschaft der Tschechen in Böhmen nicht ruhen, und jeden Versuch, durch Aufrichtung eines tschechisch-slowakischen Staates für immerdar unterjocht zu werden, wenn nötig selbst mit Gewalt verhindern ... Gegen jedermann, wer immer es sei, erklären wir, einig mit ganz Deutschböhmen, daß wir einen Landtag des Königreichs Böhmen niemals anerkennen und keinesfalls dulden werden“. Für Deutschböhmen wurde eine eigene Landesvertretung mit allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht und die Zurückziehung aller tschechischen Staatsbeamten verlangt. Innerhalb Deutschböhmens wurde die „ausschließliche Geltung der deutschen Sprache in Amt und Schule“ verkündet. Über Minderheitenrechte der in Deutschböhmen verbleibenden tschechischen Minderheiten⁷ und über die Rechte der deutschen Minderheiten im tschechischen Teile Böhmens wurde so wenig etwas gesagt wie über die beabsichtigte Hauptstadt und über die Grenzen der neuen Provinz. Ein weitergehender Antrag Lodgmans, daß in Böhmen

die Nationalitätenfrage im Habsburgischen Vielvölkerstaat. Wien 1963; Wortlaut bei Z e s s n e r, Klaus: Josef Seliger und die nationale Frage in Böhmen. Stuttgart 1976, S. 34.

⁴ Das wäre schon an der Tatsache gescheitert, daß es vor 1918 in Böhmen nur sechs Bezirke ohne tschechische Minderheiten gab: Asch, Joachimsthal, Graslitz, Marienbad, Neudek, Tepl. Die Bezirke Teplitz, Reichenberg und Gablonz hatten bei der österreichischen Volkszählung von 1910 tschechische Minderheiten von 21, bzw. 26 und 25 Prozent. Siehe B r ü g e l, J. W.: Tschechen und Deutsche 1918—1938, S. 565.

⁵ Die zeitgenössischen Biographen Seligers (H o f b a u e r, Josef / S t r a u s s, Emil: Josef Seliger. Ein Lebensbild. Prag 1930) berühren die Problemkreise Deutschböhmen und die Kreiseinteilung nicht. Umso gründlicher tut das Klaus Z e s s n e r in seinem ausgezeichneten Buch über Seliger. Seiner Behauptung (S. 85), mit dem Verlangen nach der Kreiseinteilung hätten die deutschböhmischen Sozialdemokraten „die deutschbürgerliche Forderung nach einer Landesteilung in einer modifizierten Form“ übernommen, kann aber kaum zugestimmt werden. Es handelte sich um eine bewußt utopische Gegenforderung.

⁶ Neue Freie Presse. Wien, 22. 1. 1918.

⁷ Siehe die in Anm. 4 wiedergegebenen Statistiken.

ausschließlich deutsche Beamte verwendet werden würden, fand keine Berücksichtigung.

Bald darauf erläuterte Lodgman in einem Vortrag in Prag⁸ seine Vorstellungen von der nationalen Autonomie:

„Vom deutschen Standpunkt ist die Organisierung der Nationen auf dieser Grundlage aus verschiedenen Gründen wichtig. Einmal bietet sie allein die Möglichkeit, Österreich auf den Willen seiner Völker zu stellen, dann würden auch dadurch die vorhandenen wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte des Deutschtums erst freigemacht werden und könnten im nationalen Geiste von der staatlich anerkannten Nation verwendet werden. Dadurch würde den Deutschen von selbst die Führung im Rate der Völker zuteil werden.“

Aber die Vorstellungen Lodgmans und der anderen deutschbürgerlichen Abgeordneten von Deutschböhmen fanden bald energischen Widerspruch. Medizinalrat Dr. Joseph Titta (1863—1923), Vorsitzender einer privaten Organisation mit dem Namen „Deutscher Volksrat“, erteilte ihnen eine hundertprozentige Absage⁹:

„Es ist immer schmerzlich, wenn man sich von einem Mitarbeiter trennen muß, besonders wenn man lange Jahre mit ihm gearbeitet hat. Aber manchmal muß es eben sein. So gehts auch uns, dem Volksrate, die wir so viele Jahre mit dem Herrn Dr. von Lodgman zusammengearbeitet haben, u. zw. schon lange, bevor er Abgeordneter wurde, und nachher. Nun hat er selbst das Tischtuch zwischen sich und denen, die so denken wie er, und uns entzwei geschnitten.“

Seine Anschauungen über die zukünftige Politik Österreichs und vor allem seine in der Volksrats-Versammlung am 4. Juni 1918 abgegebene Erklärung über die angebliche Notwendigkeit der Preisgabe unserer Minderheiten und Sprachgrenzposten schafft eine so abgrundtiefe Spalte zwischen ihm und uns, daß eine Überbrückung der Kluft kaum mehr möglich ist.

Nicht nur die Sprachgrenzler, auch Deutsche aus dem rein deutschen Gebiete suchen oftmals den Weg in das tschechische Nest Trebnitz, wie sich unlängst ein angehender deutschradikaler Politiker recht geschmacklos ausgedrückt hat, — und finden Trebnitz — wo von der Parteien Gunst und Haß noch ungestört — seit 15 Jahren der Deutsche Volksrat in ruhiger Arbeit seine Tätigkeit zugunsten bedrohten und bedrängten Deutschtums mit Erfolg entfaltet.

Nun soll nach Dr. von Lodgmans Ansicht dieser Ort und alle anderen gemischten der Mehrheit der Bevölkerung nach tschechischen Orte einfach preisgegeben werden! Hält dies jemand für möglich? Nur weil Herr Dr. von Lodgman sich und anderen einredet, daß auf diese Weise es erreichbar sei, eine rein deutsche Provinz ‚Deutschböhmen‘ zu konstruieren, sollen unsre deutschen Vorposten preisgegeben und dem Feinde (sic) überlassen werden?

Wer gibt Herrn Dr. von Lodgman und den anderen, die so wie er sichs denken, Mut und Recht, uns preiszugeben? Herr Dr. von Lodgman hat auch erklärt, daß so wie er fast zwei Drittel aller Deutschen dächten ... Dies muß denn doch be-

⁸ Lodgman über nationale Autonomie: Bohemia, Prag, 24. 3. 1918.

⁹ Titta: Dr. von Lodgman. Bohemia, 9. 6. 1918.

zweifelt werden. Die Ortsgruppen unserer Schutzvereine, deren Zweck es ist, bedrohtes deutsches Volkstum zu erhalten, und zu sichern, nicht es aber auf- und preiszugeben, sie sind doch über ganz Deutschböhmen ausgebreitet und würden sich selbst Lügen strafen, wenn sie zu solchem Handeln ihre Zustimmung und ihren Beifall geben würden.

Die Ziele und Anschauungen Dr. von Lodgmans und seiner Freunde, sie sind schädlich für unser Volk und nicht nützlich für den Staat. Mit Recht haben uns die Alpenländer, die ebenfalls die Bestrebungen Dr. von Lodgmans ganz entschieden verurteilen, den Vorwurf gemacht, daß wir zu lange Dr. von Lodgmans Anschauungen wohl nicht gutgeheißen, aber doch geduldet haben, denn durch Dr. von Lodgman wird in unsre Reihe Verwirrung und auch Unklarheit gebracht und Zwiespalt zwischen Alpenländer und Sudetenländer.“

Dr. Titta hatte Ende Mai beim Ministerpräsidenten Dr. von Seidler und Innenminister Graf Toggenburg vorgeschrieben, wohl, um sie für seine Auffassungen zu gewinnen, was kaum notwendig gewesen sein dürfte. Einige Tage nach Tittas Angriff auf Lodgman kam dieser mit einer Antwort im gleichen Blatt zu Wort¹⁰:

„Ich stelle fest, daß ich in der Volksratssitzung am 4. Juni 1918 mit keinem Wort die ‚Preisgabe aller der Bevölkerungsmehrheit nach tschechischen Orte‘ verlangt habe, sondern z. B. die Zuteilung Theresienstadts zu Raudnitz als Fehler bezeichnet, mich aber gleichzeitig allerdings auch gegen die Zuteilung von Trebnitz, Podseditz und Kolloletsch zu Leitmeritz ausgesprochen habe, da diese Zuteilung dem Grundsatz der nationalen Abgrenzung in jeder Beziehung widerspricht.

Daß Ihnen im besonderen zunächst Trebnitz am Herzen liegt, ist menschlich verständlich, allein auch Sie dürften doch wohl nicht in Abrede stellen können, daß diese drei Orte der Bevölkerung und der Gemeindevertretung nach t s c h e c h i s c h sind . . .

Bleiben noch die Fragen P r a g , B u d w e i s und P i l s e n. Die Frage Prag bildet gegenwärtig keinen Streitpunkt, weil ja die Unterstellung der Landeshauptstadt unter die Statthalterei Ihre und meine Billigung findet, wobei Sie allerdings an Prag als Landeshauptstadt festhalten, während ich als Ziel unserer Politik die Provinz im Auge habe.

Bezüglich der Stadt Budweis und ihrer umliegenden gemischt-nationalen Gemeinden habe ich in der Sitzung am 4. Juni ausdrücklich betont, daß ich die deutsche Minderheit der Sprachinsel Budweis durchaus nicht als Minderheit in landläufigem Sinne, sondern das genannte Gebiet als Vorbild eines gemischtnationalen Gebietes betrachte, . . .

Bezüglich Pilsen habe ich ebenfalls am 4. Juni erklärt, daß diese Stadt im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Kriegswirtschaft hätte der Statthalterei unterstellt werden können, ein Weg, den auch Sie als gangbar bezeichnet haben. Gegen die Angliederung des Bezirkes Pilsen mit seinen mehr als 100 000 t s c h e c h i s c h e n Einwohnern an das deutsche Egerland habe ich mich allerdings entschieden ausgesprochen.“

¹⁰ L o d g m a n : Meine Antwort an Herrn Medizinalrat Dr. J. W. Titta. Bohemia, 11. 6. 1918.

Schon zwei Tage darauf erschien in dem gleichen Blatt eine weitere Polemik gegen Lodgman, geschrieben vom Standpunkt der Prager Deutschen¹¹. Joseph Eckstein, ein Wortführer der Prager deutschen Liberalen und nach 1918 als ihr Vertreter (sie nannten sich dann Deutschdemokratische Freiheitspartei) Mitglied des Prager Stadtrates, schrieb, der Beschluß vom 22. Januar 1918, betreffend die Provinz Deutschböhmen, sei lediglich als taktischer Schachzug gedacht gewesen. Die Errichtung einer solchen Provinz sei undurchführbar, weil sie mit Prag als Landeshauptstadt unmöglich sei. Hingegen wäre die „Aufgabe“ Prags als Kulturzentrum für Deutschböhmen national nachteilig und daher zu verwerfen. Darum sei der Beschluß vom 22. Januar, weil praktisch undurchführbar, ein politischer Fehler gewesen.

Lodgman beantwortete diese Argumente mit einer Aufforderung an die Prager Deutschen, in die Provinz zu übersiedeln¹²:

„Ich möchte demgegenüber feststellen, daß sich die deutschen Abgeordneten der Tragweite des Beschlusses vom 22. Jänner 1918 vollkommen bewußt waren und daß sie keinen Augenblick gezweifelt haben, daß eine Provinz Deutschböhmen mit Prag als Landeshauptstadt ein Unding sei.

Die deutschen Abgeordneten und mit ihnen fast ganz Deutschböhmen stehen auf dem Standpunkt der vollständigen Lostrennung vom tschechischen Landesteile und der Errichtung einer deutschen Provinz.

Richtig ist, daß einzelne öffentliche Stimmen sich die Ausgestaltung der Provinz mit Prag als Landeshauptstadt gedacht oder daß sie wenigstens vorgegeben haben, den Beschluß der Abgeordneten so zu verstehen, weil sie Prag nicht ‚aufgeben‘, gleichzeitig aber dem einmütigen Wunsch des deutschen Teiles Böhmens nicht zuwider handeln wollten.

Die Gründe, welche die Deutschen — nicht nur die Abgeordneten — veranlassen, diesen Standpunkt einzunehmen, sind bereits wiederholt erörtert worden; sicher ist, daß sie durch die Entwicklung der letzten Jahre verstärkt wurden. Auch ist es sicherlich nicht richtig, daß das Festhalten an Prag als Landeshauptstadt unseren politischen Standpunkt stärkt, im Gegenteil, es ist für Deutschböhmen weitaus natürlicher und politisch wertvoller, die große Anzahl der wirtschaftlich und kulturell hochstehenden Kräfte Prags in seinen Grenzen zu haben.

Uns fehlen in der Provinz vielfach diejenigen Kräfte, welche für eine Abwehr wertvoll, derzeit aber an Prag gefesselt sind. Wenn ich daher in meinem Aufsatz über die Kreisverordnung geschrieben habe, die Unterstellung Prags unter die Statthalterei sei solange selbstverständlich, als Prag eben die gemeinsame Landeshauptstadt und der Sitz der Zentralstellen und deutschen Anstalten sei, während die deutsche Forderung nach Verwirklichung einer Provinz Deutschböhmen nach wie vor das — bisher leider nicht erreichte — Ziel unserer Politik bleiben müsse, so ist dies durchaus kein Widerspruch, wie Herr Dr. Eckstein meint, sondern ergibt sich wohl mit Klarheit aus der Auffassung, welche die deutschen Abgeordneten ihrer Erklärung vom 22. Jänner 1918 zugestanden wissen wollten.

¹¹ Eckstein, Joseph: Die Provinz Deutschböhmen und Prag. Bohemia, 13. 6. 1918.

¹² Lodgman: Die Provinz Deutschböhmen und Prag. Bohemia, 22. 6. 1918.

Von einer ‚Preisgabe‘ Prags kann allerdings meiner Ansicht nach trotzdem nicht die Rede sein. Die Prager deutsche Minderheit verdankt ihr Dasein zum großen Teile der Eigenschaft Prags als Landeshauptstadt, sie wäre — trotz aller Bodenständigkeit — eine verschwindende Größe, wenn Prag nicht Sitz der Zentralstellen und deshalb auch gleichzeitig vieler anderer Anstalten und Unternehmungen wäre, welche eben nur deshalb, oftmals sehr zu ihrem Bedauern, hier zu sein genötigt sind, weil sie am Sitze der Zentralstellen sein müssen oder wollen.

Wenn diese Stellen in das d e u t s c h e Gebiet verlegt werden, so kann doch wahrlich von einer Preisgabe nicht gesprochen werden.“

Inzwischen hatte die Wiener Regierung versucht, ohne mit den Tschechen oder Deutschen Böhmens darüber zu sprechen, eine eigene Lösung ins Werk zu setzen. Am Pfingstsonntag, 21. Mai, erschien eine Verordnung des Innenministeriums¹³ „Über Errichtung von Kreisregierungen in Böhmen“. Sie stützte sich bezeichnenderweise auf eine Ermächtigung durch das Gesetz vom 19. Mai 1868 „Über die Einrichtung der politischen Verwaltungsbehörden“. Durch die Verordnung wurde nicht mehr getan als die Ernennung von 12 Beamten in der Funktion von „Kreishauptleuten“ in Aussicht genommen, wozu es aber nicht mehr kam. Immerhin war daraus ersichtlich, wie sich die Wiener Regierung die Einteilung Böhmens in Kreise vorstellte. Danach hätte es mit Eger, Leitmeritz und Trautenau drei „deutsche“ Kreise gegeben, weiter mit Tschaslau, Jicin, Königgrätz, Pilsen, Pisek, Prag-Umgebung (die Stadt Prag bestand damals nur aus den Bezirken I—VII), Tabor, sieben tschechische Kreise, und schließlich Budweis, das aus zwei Sektionen bestanden hätte, der Stadt und den umliegenden meist deutschen Bezirken. Trebnitz, der Wohnsitz Dr. Tittas, war dem Kreis Leitmeritz zugeschlagen. Zu welchen unmöglichen Konsequenzen eine Verwirklichung dieser Pläne geführt hätte, erfuhr man sehr rasch aus der Stellungnahme eines in Wien erscheinenden Blattes. Dort hieß es¹⁴:

„Mit hochgespannter Erwartung sah die deutsche Bevölkerung der so oft angekündigten Einführung der Kreiseinteilung in Böhmen entgegen. Umso größer war die allgemeine Enttäuschung über die zu nichts verpflichtende und nichts schaffende V e r o r d n u n g . . .

Für die deutschen Gemeinden des Bezirkes Policka ergibt sich folgender chaotischer Zustand: ihre neue Bezirkshauptmannschaft wäre Landskron, das nur nach stundenlanger Wagenfahrt oder umständlicher Eisenbahnfahrt zu erreichen ist, ihr Kreishauptmann säße in dem weitabgelegenen Trautenau, ihr Bezirksgericht aber bleibt in dem benachbarten Policka und in der Bezirksvertretung Policka sind sie nach wie vor der tschechischen Mehrheit ausgeliefert.

Da die Statthalterei und die Kreishauptmannschaft sich in die bisher in Prag zentralisierten Agenden teilen, so entsteht für die bedauernswerten Sprachgrenzbewohner ein Verwaltungschaos. Früher hatten sie außer Policka nur noch Prag als Ziel ihrer Reisen in behördlichen Angelegenheiten — jetzt müssen sie erst durch einen Kenner der Verwaltung feststellen lassen, ob sie Policka oder Landskron, Prag oder Trautenau aufsuchen sollen.“

¹³ Neue Freie Presse, 21. 5. 1918.

¹⁴ Deutsch-Osterreich. Deutsche soziale Rundschau. Wien (Mai) 1918.

Über alle diese Projekte und die gegen sie erhobenen Einwände ist die Geschichte hinweggegangen. Die Sozialdemokraten, die sich sowohl gegen die Errichtung einer Provinz Deutschböhmen als auch gegen die von oben angeordnete Ernennung von Kreishauptleuten ohne demokratisch gewählte Kreisvertretungen aussprachen, haben ihre Ansicht erst zu einem Zeitpunkt in die Öffentlichkeit bringen können, an dem das Problem jede Bedeutung verloren hatte.

Das Novemberheft der Wiener Monatsschrift „Der Kampf“ veröffentlichte eine offenbar viel früher verfaßte Abhandlung von Josef Seliger über das „Selbständige Deutschböhmen“¹⁵, in der der Gedanke ausgesprochen wurde, daß „auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker wie alles in der Welt eine höchst relative Sache ist“. Sein Urteil über Deutschböhmen faßte Seliger in folgenden Sätzen zusammen:

„Zweifello ist, daß sie [die deutschen Sprachgebiete Böhmens] nicht fähig sind, miteinander ein einheitliches, selbständiges Deutschböhmen zu bilden, da es doch ganz unmöglich ist, acht voneinander durch die breite Kluft des tschechischen Siedlungsgebietes geschiedene und so weit auseinandergerissene Landfetzen, so gewissermaßen in der Luft, über das Ausland hinweg zu einem einheitlichen Staats- oder Verwaltungsgebiet zu vereinigen, das doch in erster Linie auch ein einheitliches Wirtschaftsgebiet sein muß. So etwas hätte nicht seinesgleichen in der ganzen Welt und wäre der höchste staatspolitische Widersinn. Die Selbständigkeit Deutschböhmens beginnt also mit der Teilung Deutschböhmens, mit dem Abfall von fünf der sechs deutschen, heute im Rahmen Böhmens in sich abgeschlossenen deutschen Sprachgebieten und nur das achte, das große deutsche Sprachgebiet Nord-, Nordwest- und Westböhmens könnte fortan noch als der Träger des Namens Deutschböhmen gelten.“

¹⁵ Seliger, Josef: Das selbständige Deutschböhmen. Der Kampf (Wien, November 1918) 719—723. Nachdruck bei Z e s s n e r 219—223.